

Medienmitteilung der SEEBRÜCKE Schweiz

Bern, 17. April 2020

Die SEEBRÜCKE Schweiz zur dramatischen Lage im Mittelmeer

Der Osterappell bringt endlich Aufmerksamkeit für die Situation in den griechischen Lagern. Aber was passiert eigentlich in diesen Tagen auf dem Mittelmeer? Grausame Szenen, vor denen wir am liebsten die Augen schliessen möchten, die aber nicht nur deswegen kaum Beachtung finden.

Aus diesem Grund hat die SEEBRÜCKE Schweiz Kontakt mit verschiedenen Politikerinnen und Politikern aufgenommen, um sie aufzufordern, Seenotrettung und die Stellung der Schweiz in Bezug dazu in die Frühjahrssession einzubringen.

Denn weiterhin hat das Corona Virus Europa fest im Griff. Alles was geschieht wird in Bezug zu diesem Virus gesetzt. Nachdem sich die europäischen Nationalstaaten unter dem Vorwand der Pandemie nun noch weiter abschotten und nationale Grenzen verriegeln, wird Seenotrettung schier verunmöglicht.

Inzwischen erklärte neben Italien und Malta nun auch Libyen die eigenen Häfen als unsicher für die Ausschiffung und Versorgung von aus Seenot geretteten Menschen. Dass vermehrt Schlepper diese Situation ausnutzen könnten, nehmen die Staaten dafür in Kauf.

Tatsächlich ist gerade, aufgrund der momentanen Situation, nur ein Rettungsschiff auf dem Mittelmeer unterwegs, das Flüchtenden zur Hilfe kommen könnte. Aber selbst diesem Schiff steht kein Hafen offen! Seit mehreren Tagen sitzen 149 Menschen auf der Alan Kurdi ohne ausreichend medizinische Versorgung und Nahrung, ohne Aussicht auf Aufnahme. 43 Menschen sind auf dem spanischen Rettungsschiff Aita Mari. Für mehrere Seenotfälle übernahm am Osterwochenende keine Rettungsleitstelle Verantwortung. Corona ist kein Grund, Menschen ertrinken zu lassen!

Wenn in den Nachrichten über nichts Anderes berichtet wird, als über das, was uns selbst bedroht bedeutet dies nicht, dass alle anderen Probleme verschwunden sind. In den vergangenen Tagen erreichten Flüchtende unter grosser Gefahr die italienische Insel Lampedusa. Wie viele Boote auf dem Mittelmeer verschwanden und wie viele Menschen ertranken, ist unbekannt.

Aus diesem Grund fordern wir von Städten, Kantonen und dem Bund, dass sie sich solidarisch mit Flüchtenden auf dem Mittelmeer erklären, ein Zeichen setzen und zeigen, dass die Schweiz auch in diesen Zeiten ein sicherer Hafen sein kann!

Wir fordern, dass alle politischen, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten für die Rettung von Asylsuchenden ausgeschöpft werden, die der Schweiz zur Verfügung stehen. Die Schweizer Politik muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden, auch in Hinsicht auf die anderen europäischen Staaten, die sich gerade/mal wieder aus ihrer humanitären Verantwortung herausreden.

Den Worten müssen endlich wieder Taten folgen! Wir dürfen die Menschen im Mittelmeer nicht vergessen!

Für weitere Informationen:

Hannah-Milena Elias

schweiz@seebruecke.org

077 993 52 85